

Gedenkrede

des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Tom Sello,
zum 68. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953
am 17. Juni 2021 im Abgeordnetenhaus von Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,
Damen und Herren Abgeordnete,
verehrte Vertreterinnen und Vertreter des Berliner Senats,
meine Damen und Herren,

heute jährt sich der Tag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR zum 68. Mal. Das bietet uns Gelegenheit, zurückzublicken sowie Ausblicke zu wagen. Lassen Sie uns zunächst auf den Tag selbst und seine Folgen schauen und im Anschluss darüber nachdenken, was der Volksaufstand und sein Erbe für uns heute bedeuten.

Der Volksaufstand kam nicht aus dem Nichts. Er war eine Folge des gewaltsamen Machterwerbs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, kurz SED. Nur mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht konnte sie die Herrschaft an sich reißen; durch Wahlen war sie nie legitimiert. Im Gegenteil: Die Mehrheit der Bevölkerung, das kann man so feststellen, lehnte bereits vor dem Volksaufstand die kommunistische Diktatur ab.

Im Sommer 1952 beschloss die SED eine deutliche Kursverschärfung ihrer Politik. Zwar kam die Anweisung dazu aus Moskau, doch Pieck, Ulbricht, Honecker und Co. hatten schon länger auf diese Ermächtigung gehofft. Mit großem Eifer gingen

sie daran, dem Ziel der kommunistischen Gesellschaftsordnung entgegenzuarbeiten. Die Folgen waren der Ausbau von Stasi und Militärapparat, die Abriegelung der Grenze zur Bundesrepublik, eine Verschärfung des Kirchenkampfes, die Verstaatlichung größerer Privatunternehmen und die Zwangskollektivierung der Bauern.

All diese Aktivitäten fasste die SED unter dem Stichwort „verschärfter Klassenkampf“ zusammen, und diesen bekam ein Großteil der Bevölkerung drastisch zu spüren. Selbst wer nur ein wenig gegen die widersinnigen Maßnahmen aufbegehrt, musste mit harten Strafen rechnen. Ein Blick in die Gefängnisse der DDR zeigt, was das konkret bedeutete: Gab es dort im Juli 1952 etwa 37.000 Insassen, so waren es im Mai 1953 bereits über 67.000 – innerhalb eines Jahres hatte sich die Zahl der Inhaftierten fast verdoppelt.

Obwohl im Frühjahr 1953 spürbar wurde, dass eine Politik gegen das eigene Volk die allgegenwärtigen Probleme nur vertiefte, ließ die SED in ihren Klassenkampf-Bemühungen keineswegs nach – Kritik daran galt als feindlicher Akt. Selbstkritik war ausgeschlossen. Denn: Nach ihrem eigenen Verständnis konnte die SED nicht irren. Stattdessen verfügte sie zahlreiche Preiserhöhungen, strich Lebensmittelmarken, kürzte Sozialleistungen und erhöhte die Arbeitsnormen. Wenn sich die Dinge nicht in die gewünschte Richtung entwickelten, mussten sie eben erzwungen werden.

Doch nach Stalins Tod im März 1953 läuteten die sowjetischen Kommunisten einen Kurswechsel ein. Moskaus neue Machthaber befürchteten, die DDR könne an der Politik des „verschärften Klassenkampfes“ zerbrechen. So wurde die SED zu einem folgenreichen Kurswechsel veranlasst. Die Parteiführung gestand öffentlich

gravierende Fehler ein. Zugleich aber verweigerte sie jegliche Konsequenzen. Sofort geriet das Land in Aufruhr. Als dann auch noch betont wurde, dass die Normerhöhungen ihre Richtigkeit hätten, brachte dies das Fass zum Überlaufen. Bereits am 16. Juni 1953 waren in Ost-Berlin – ausgehend von den Baustellen an der Stalinallee – Zehntausend Menschen auf der Straße, forderten zunächst mehr Lohn, sehr bald auch freie Wahlen, die Freilassung politischer Gefangener, die Zulassung demokratischer Parteien, ein Ende des SED-Regimes und die Einheit Deutschlands. Die plötzlich ausbrechenden Proteste lähmten die Partei, was wiederum vielen Menschen Mut machte und sie beflügelte. Als der 17. Juni 1953 heraufdämmerte, war die Stimmung unter den Arbeitern zunächst entspannt, nahezu heiter.

Meine Damen und Herren, Sie kennen vermutlich die Bilder der Hennigsdorfer Stahlarbeiter, die durch West-Berlin zum DDR-Regierungssitz im Haus der Ministerien zogen, stolz, mit erhobenem Kopf und offenem Blick, sicher, dass die verhassten Machthaber bald verschwunden sein würden. „*Sie werden es nicht wagen, auf uns zu schießen*“, war zu hören. Doch das war ein Irrtum. Denn in der Nacht zuvor war in Moskau beschlossen worden, jegliches Aufbegehren mit allen Mitteln niederzuschlagen. Um 13.00 Uhr wurde der Ausnahmezustand über Ost-Berlin verhängt, sowjetische Truppen gingen mit brutaler Entschlossenheit gegen die Demonstranten vor, in den Straßen fuhren Panzer, es gab standrechtliche Erschießungen und unzählige Verhaftungen. Noch am selben Tag brach der Massenaufstand in der Hauptstadt der DDR zusammen.

Was sich in Berlin abspielte, geschah gleichzeitig in weit mehr als 700 Orten der DDR. Mehr als eine Million Bürgerinnen und Bürger gingen auf die Straße und forderten ein Ende des SED-Systems. Und wie in Ost-Berlin verhinderte das Eingreifen der sowjetischen Truppen eine erfolgreiche Revolution.

Nach der Niederschlagung des Aufstands zeigte sich, dass die SED-Führung an einer Analyse der Ursachen nicht interessiert war. Schnell war die Legende vom „Tag X“ geboren, von einem faschistischen Putsch, der von West-Berlin, der Bundesrepublik und ihren Verbündeten inszeniert und vorangetrieben worden sei. Zwar gab selbst die Staatssicherheit intern mehrfach zu Protokoll, dass es dafür keinerlei Beweise gab, doch spielte das für die propagandistische Verdammung des Volksaufstandes keine Rolle. So sollte es bis 1989 bleiben.

Eine Auseinandersetzung mit den eigentlichen Ursachen und Problemen blieb aus. Das Regime reagierte stattdessen mit brutaler Härte. Im Zusammenhang mit dem Aufstand wurden bis zu 15.000 Personen inhaftiert, von denen durch ost-deutsche Gerichte und sowjetische Militärtribunale etwa 2.300 verurteilt wurden.

Verbürgt sind zudem 18 standrechtliche Erschießungen durch sowjetische Armeeangehörige, die am Vormittag des 17. Juni aus Moskau angewiesen wurden und der Abschreckung dienten. Insgesamt forderte der Aufstand nach heutigen Erkenntnissen 55 Todesopfer, 51 Männer und vier Frauen. In Berlin starben mindestens 14 Menschen.

Eine besonders tragische Note hatte der Tod von Werner Sendsitzky. Er beteiligte sich in keiner Weise an den Auseinandersetzungen, sondern beobachtete die Vorgänge lediglich von einem scheinbar sicheren Garagendach im Westteil der Stadt. Dort erwischte ihn ein Querschläger. Der 17. Juni 1953 war sein 16. Geburtstag.

Der Volksaufstand fand zwar in Ost-Berlin statt. Er hatte aber Dimensionen, die ganz Berlin betrafen. Das gilt besonders für die Rolle des RIAS während des Aufstandes, dessen schnelle und gut recherchierten Informationen vor allem für die Menschen im Osten wichtig waren. Zur Gesamtberliner Dimension des Volksaufstandes gehörte die Abriegelung der innerstädtischen Sektorengrenze und der Übergänge zum Brandenburger Umland durch die Rote Armee sowie die Unterbindung jeglichen Verkehrs. Wie schon zu Zeiten der Luftbrücke war West-Berlin plötzlich eine Insel – und blieb es für etwa drei Wochen. Im Westteil der Stadt arbeiteten jedoch 30.000 Ostdeutsche, die nun vor großen Problemen standen. Es spielten sich absurde Szenen ab. Menschen durchschwammen den Teltowkanal, um an ihren Arbeitsplatz zu gelangen; abends schwammen sie wieder zurück. Da der brandenburgische Übergang in Staaken geschlossen war, die Heerstraße als Transitstrecke aber weitgehend offenblieb, wanderten täglich Tausende die etwa zwei Kilometer hin und her.

West-Berlin war auch Schauplatz von Racheaktionen. Aus Unmut über die Niederschlagung des Aufstandes wurden SED-Parteibüros im Westteil der Stadt verwüstet, angezündet, mit Kot beschmiert. Bei Siemens stimmten von 1.200 Arbeitern nur vier gegen die Entlassung aller SED-Mitglieder. Es war also keineswegs so, dass der Volksaufstand eine reine Ost-Berliner oder ostdeutsche Angelegenheit war.

Und auch die Öffentlichkeit in aller Welt nahm regen Anteil, wie die ausgiebigen Presseberichte zeigen. Am besten brachte es der Publizist Sebastian Haffner auf den Punkt. Er schrieb (ich zitiere):

„Es geschah genau das, wovon wir behauptet hatten, es sei unter den Bedingungen der modernen totalitären Gewaltherrschaft nicht möglich. Wir waren alle felsenfest davon überzeugt ... daß eine Bevölkerung, der man Meinungs- und Versammlungsfreiheit vorenthielt, die atomisiert, kontrolliert, systematisch indoktriniert, reglementiert, sorgsam überwacht ... wurde, unfähig wäre, eine ... Revolution zu organisieren. Wir haben uns geirrt.“

Unmittelbar nach der Niederschlagung des Volksaufstandes wurde sein Gedenken in der westdeutschen Öffentlichkeit fest verankert. Gedenkfeiern wurden abgehalten, am 23. Juni 1953 versammelten sich vor dem Rathaus Schöneberg 125.000 Menschen zu einer Trauerfeier.

Mahnmale und Gedenkstätten wurden errichtet, in West-Berlin eine Magistrale umbenannt, der 17. Juni zum Tag der deutschen Einheit erklärt. Doch je mehr Zeit verstrich, umso ritualisierter wurde das Gedenken. Für viele Bundesbürger war der 17. Juni ein schöner Anlass für einen Feiertagsausflug. Und bereits 1958 titelte die Süddeutsche Zeitung: „Ein Feiertag sucht seinen Sinn.“

Und nachdem in den sechziger Jahren der Schock des Mauerbaus verdaut war, waren es vor allem in den Westen freigelassene politische Häftlinge, die das Gedenken des 17. Juni wachhielten. Überhaupt: Die westdeutsche Sichtweise auf die DDR als gewaltsame Diktatur verblasste seit den sechziger Jahren. Das lag zum einen an dem sich verändernden Zeitgeist, der linken Politikentwürfen Auftrieb

gab. Zum anderen an der von Egon Bahr und Willy Brandt entwickelten Neuen Ostpolitik, in der die SED-Diktatur als Verhandlungspartner auf Augenhöhe galt.

Zwar wurden politische Häftlinge freigekauft und Erleichterungen durchgesetzt. Aber die von Bonn betriebene innerdeutsche Politik wurde zunehmend blind für die Sorgen und Nöte der DDR-Opposition. Für die Menschenrechte im Osten engagierten sich eher die konservativen Gegner der Bonner Ostpolitik und sonst nur wenige Einzelpersonen aus allen politischen Lagern.

Während also im Westen die Erinnerung an die Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 wie auch die Wahrnehmung der DDR als gewaltsame Diktatur immer mehr in den Hintergrund geriet, war die Lage in der DDR von Beginn an anders.

Für die SED blieb die Erinnerung an den Volksaufstand bis 1990 eine Gefahr. Mit aller Macht ging sie dagegen vor. War von den Ereignissen überhaupt die Rede, so galt bis 1989 die Formel vom „faschistischen Putsch“.

So habe nicht nur ich es einst gelernt, sondern alle die in der DDR zur Schule gingen. Für mich als Heranwachsender war die Legende vom faschistischen Putsch acht Jahre nachdem die meisten Deutschen den Nazis noch zugejubelt hatten, nicht unglaublich. Andere Stimmen bekamen wir nie zu Gehör. Systemkritiker flüchteten oder gingen nach der Haft in den Westen. Den Akteuren des 17. Juni, die aus der Haft in die DDR entlassen wurden, hatte man unter Drohungen bedeutet, weder über den Aufstand, noch über Vernehmung oder Haft auch nur die leiseste Andeutung fallen zu lassen. Die meisten hielten sich bis zum Mauerfall daran sogar gegenüber der eigenen Familie aus Angst vor Repressionen.

Gänzlich verschwunden war die Erinnerung an den 17. Juni gleichwohl nicht. Als die Friedliche Revolution ausbrach, war für die Machthaber das Trauma sofort präsent. Von Erich Mielke, dem Minister für Staatssicherheit, ist überliefert, dass er Ende August 1989 seine Generalität fragte, ob es denn so sei, dass morgen ein neuer 17. Juni anstünde.

Ganz daneben lag Mielke nicht. Auch wenn die meisten 89er den 17. Juni nicht im Kopf hatten, forderten sie doch dasselbe, das Ende der SED-Herrschaft. Und nicht die Erinnerung an 1953 bereitete ihnen Angst, wohl aber die Aussicht einer chinesischen Lösung, der Niederschlagung der Proteste durch Militär und Panzer wie auf dem Platz des Himmlischen Friedens.

Einige Wochen später im Herbst 89 hatte in einem kleinen Dorf im Süden des Landes das Neue Forum und die örtliche Kirche zu einem offenen Gesprächsforum geladen. Ein Stasibericht vermeldet womit niemand gerechnet hatte [Zitat]:
„Zu Beginn wurde eine Gedenkminute für die Opfer von 1953, 1961 und dem 7.10.1989 gehalten, zu der sich alle Anwesenden erhoben.“

Es gab sie also, Verbindungen zwischen 1953 und 1989, doch wenn wir ehrlich sind, waren das wenige Ausnahmen. Was den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 anging, hatten dreieinhalb Jahrzehnte staatlicher Tabuisierung in der DDR ihre Wirkung gezeigt. Es bedurfte der Friedlichen Revolution sowie einige Jahre der Aufklärung und des Wieder-Erinnerns, um die Bezüge erneut mit Leben zu füllen.

Für mich persönlich war das Zusammentreffen mit Heinz Grünhagen, der sich aktiv am Volksaufstand beteiligt hatte, besonders eindrücklich. Es ist mir gerade

heute ein Bedürfnis an ihn zu erinnern – stellvertretend für all jene Frauen und Männer, die im Juni 1953 mutig auf die Straße gingen und die SED-Diktatur herausforderten.

Der zwanzigjährige Heinz Grünhagen war im Sommer 1953 frisch verheiratet, seine Frau schwanger. Er arbeitete auf einer Baustelle in der Nähe von Strausberg und war als Brigadier für die Abrechnung der Normen seiner Leute zuständig. Am Abend des 16. Juni hörte er im Radio, dass seine Berliner Berufskollegen am nächsten Tag zum Regierungssitz ziehen wollten, um dort ihre Forderungen vorzubringen. Dazu gehörten neben der Normsenkung längst auch freie Wahlen. Am folgenden Morgen ließ er sich vor Ort in die Streikleitung wählen. Auf dem Weg nach Berlin sammelten er und seine Kollegen weitere Streikwillige ein, im Zementwerk Rüdersdorf forderten sie die Freilassung von politischen Gefangenen, die dort unter unmenschlichen Bedingungen schufteten mussten. Berlin erreichten Heinz Grünhagen und seine Mitstreiter nicht, denn inzwischen sicherten bewaffnete Einheiten die Stadtgrenze, sie feuerten Warnschüsse ab, als sich der Tross näherte. Also macht er kehrt, auf der heimischen Baustelle trennte er sich.

Noch in der Nacht wurde Heinz Grünhagen von der Staatssicherheit zu Hause verhaftet, nach Frankfurt/Oder gebracht und dort verhört. Bereits Ende Juni 1953 fand die Gerichtsverhandlung statt. Die SED wollte schnell mit ihren Gegnern abrechnen. Grünhagen und seine Mit-Angeklagten hatten keine Chance. Heinz Grünhagen wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Als er 1956 entlassen wurde, blieb er in der DDR, arbeitete im Straßenbau, jeglicher berufliche Aufstieg wurde ihm verwehrt. Über das Erlebte durfte er bis zum Ende der DDR nicht spre-

chen. Umso aktiver wurde er danach. Er wollte die Erinnerung an den Volksaufstand wieder erwecken und verankern. Er war hoch engagiert und erstaunlicherweise nicht verbittert.

Der 17. Juni 1953 war ein Aufstand des Volkes für Freiheit und demokratische Rechte. Damals kämpften Menschen um ihre ureigensten Rechte, die ihnen vom kommunistischen Regime vorenthalten wurden. Sie wollten nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein selbstbestimmtes Leben. Dafür hatten Demokratiebewegungen schon oft gekämpft: für das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf politische Teilhabe, das Recht auf freie Wahlen. Das Streben nach Freiheit und Demokratie war das Leitmotiv der Beteiligten des Volksaufstandes und das war es auch, was uns 1989 auf die Straßen brachte.

Dieser Zusammenhang wurde mir erst nach dem Mauerfall richtig deutlich, als ich Menschen wie Heinz Grünhagen kennenlernte, die sich schon früh gegen die SED-Diktatur gestellt hatten. In den vierziger, fünfziger, sechziger Jahren: Es gab immer Menschen, die gegen Diktatur und Unterdrückung aufbegehrten, auch in Zeiten des offenen Terrors in denen ihr Kampf zunächst aussichtslos war und einen hohen Preis forderte. Und ich lernte, wie vielfältig die Wege in den Widerspruch waren, wie wichtig jede einzelne dieser Lebensgeschichten ist und wie wichtig diese Widerstandserzählungen für uns alle sind.

Ich muss das klar betonen: Erst die Aufarbeitung der SED-Diktatur ab den Neunzigerjahren mit der Erschließung von bis dato unzugänglichen Quellenbeständen hat mir und vielen anderen Ostdeutschen umfassende, neue Erkenntnisse über die SED-Herrschaft vermittelt.

Ich habe jedenfalls in den zehn Jahren nach der Friedlichen Revolution mehr über die DDR gelernt als in 30 Jahren eigenen Erlebens.

Besonders wichtig war der 50. Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni im Jahr 2003. Damals ist es erstmals gelungen, mit zahlreichen Publikationen und in einer Vielzahl von Veranstaltungen ein realistisches Bild vom Volksaufstand zu zeichnen und in der Öffentlichkeit zu verankern.

Solche Gedenk-Formate - ich erinnere an den 20., 25. und 30. Jahrestag von Friedlicher Revolution und Mauerfall - können eine große Wirkung entfalten.

Wir kann es gelingen, junge Generationen zu erreichen und das Erinnern für unsere Freiheitswerte nutzbar zu machen? Genau darum muss es in Zukunft gehen.

Besonders wichtig ist, dass weiterhin Zeitzeugen des SED-Unrechts zu Wort kommen. Ihnen sind wir verpflichtet. Ihre Stimmen sind besonders überzeugend. Denn sie kämpften unter den Bedingungen der Diktatur für Freiheit und Menschenrechte. Ihr Antrieb ist bis heute von ungebrochener Aktualität. Ihre Zahl wird immer geringer.

Doch es reicht nicht, ihre Geschichten aufzuzeichnen. Es existiert ja bereits eine Vielzahl historischer Zeitzeugenberichte. Leider stehen diese meist nur für eine einmalige Nutzung mit beschränkter Verbreitung zur Verfügung. Denn die Einwilligungen der Zeitzeugen werden von den Interviewern so formuliert, dass aus Gründen des missverstandenen Datenschutzes und der Urheberrechte weitere Nutzungen ausgeschlossen sind. Hier muss dringend eine brauchbare Strategie

entwickelt werden, damit diese Stimmen nicht verloren gehen. Das gilt besonders dort, wo öffentliche Mittel im Spiel sind.

Wir müssen aber auch stärker auf die Vermittlung unserer Freiheitsgeschichte an nachwachsende Generationen setzen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Beschäftigung mit der SED-Diktatur im Bildungsbereich gegenwärtig nachlässt. Das hat Folgen bis in die Politik hinein. Ein aktuelles Beispiel: Ich war überrascht, wie wenig die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus aus Anlass ihrer 40jährigen Jubiläumsfeier ihre Wurzeln in der Ost-Berliner Oppositionsbewegung zu würdigen wussten. Das aber nur am Rande.

Meine Damen und Herren: Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur in den Schulen und Hochschulen muss deutlich verstärkt werden, wenn wir unsere Demokratie festigen wollen.

Zwar ist die DDR in den schulischen Lehrplänen verankert. Doch wir alle wissen, dass sie aus den unterschiedlichsten Gründen oftmals eben doch nicht im Unterricht behandelt wird. Und ein Blick in die Vorlesungsverzeichnisse der Berliner Universitäten ist schlicht deprimierend: Es gibt kaum noch Angebote, die sich mit der SED-Diktatur, ihren Hintergründen und Folgen auseinandersetzen. Das ist besonders erschütternd, wenn ich an die Humboldt-Universität denke, die bis 1989 aktiv an der Legitimierung der SED-Herrschaft beteiligt war.

Diese Vernachlässigungen werden in einigen Jahren verheerende Auswirkungen haben. Denn an den Universitäten werden nicht zuletzt Lehrerinnen und Lehrer

ausgebildet. Wenn die im Rahmen ihrer eigenen Ausbildung nicht die Chance bekommen, sich mit der DDR zu befassen, dann können sie es später nicht an ihre Schülerinnen und Schüler weitergeben – das Thema droht zu verschwinden.

Meine Damen und Herren, das Berliner Abgeordnetenhaus ist auch für die Berliner Bildungspolitik zuständig. Ich appelliere dringend an Sie, sich dieses Problems anzunehmen und geeignete Lösungen herbeizuführen.

Ein weiterer Weg, die Erinnerung an die SED-Diktatur und ihre Überwindung in Berlin lebendig zu gestalten, liegt in der Entwicklung und Pflege authentischer Erinnerungsorte. Zwei liegen mir besonders am Herzen: der Campus für Demokratie auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Lichtenberg und das Gefängnis im Innenhof des früheren Präsidiums der Volkspolizei in der Keibelstraße.

Der Campus für Demokratie ist meines Erachtens bestens geeignet, die verschiedenen Facetten von Herrschaft und Widerstand in der DDR höchst nachvollziehbar zu illustrieren. Es ist ein Ort zweifacher Repressionsgeschichte als Sitz der Sowjetischen Militäradministration und des Ministeriums für Staatssicherheit. Doch zugleich ist es auch ein Ort der Selbstermächtigung, des Eintretens für Freiheit und Demokratie. Die Besetzung der Stasi-Zentrale im Januar 1990 durch mutige Demonstrantinnen und Demonstranten zeigt das sehr deutlich. Aber auch die spätere Besetzung des dortigen Archivs, im September 1990, war ein solcher Akt. Denn er trug zur Öffnung der Stasi-Akten für Betroffene; Forschung und Medien bei. Hier passierte, was Sebastian Haffner schon für den Volksaufstand von 1953 festgehalten hatte: Die Geschehnisse waren undenkbar, und doch geschahen sie. Eine Revolution fegte 1989 hinweg, was auf Ewigkeiten angelegt schien.

Nicht hinnehmbar ist es, dass mehr als 30 Jahre nach diesen Ereignissen große Teile des Geländes von städtebaulichem Missstand geprägt sind und noch immer darauf warten, entwickelt zu werden. Ich fordere die Berliner Landespolitik an diesem 17. Juni auf, hier endlich mit dem angemessenen Engagement tätig zu werden und den Campus für Demokratie zu einem lebendigen Erinnerungsort zu entwickeln. Insbesondere das geplante Forum Opposition und Widerstand wird dazu einen gewichtigen Beitrag leisten können. Hier will die Robert-Havemann-Gesellschaft die Geschichte des Widerstands gegen die kommunistische Diktatur von 1945 bis 1989 an nachfolgende Generationen vermitteln und hier soll auch der Volksaufstand von 1953 seinen gebührenden Platz finden.

Meine Damen und Herren, beide, der Campus und das Forum verdienen ihre volle Unterstützung.

Gleiches gilt für den Erinnerungsort in der Keibelstraße. Bis heute fehlt in Berlin ein Ort, der dokumentiert, dass Unterdrückung und Willkür nicht allein von der Staatssicherheit ausgingen. Der SED-Repressionsapparat war viel facettenreicher, und die Volkspolizei gehörte ganz wesentlich dazu. Nicht umsonst machten die Demonstranten am 17. Juni 1953 auf ihrem Weg zum Haus der Ministerien einen Schwenk, um genau dieses Gebäude anzulaufen. Sie forderten den Zutritt zum Polizeipräsidium und die Freilassung von Verhafteten.

Es wird höchste Zeit, daran angemessen zu erinnern, zumal sich in diesem Gebäude 1961 der Einsatzstab für den Mauerbau versammelte und hier auch 1989 noch Menschen inhaftiert wurden, die sich für Freiheit und Demokratie einsetzten. Die Aufklärung über die SED-Diktatur und deren Ende ist ein kontinuierlicher Prozess. Wer behauptet, es gebe einen Zeitpunkt, an dem genug Aufarbeitung geleistet worden sei, spielt jenen in die Hände, die die Diktatur schönfärben wollen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die Erinnerung an die mutigen Männer und Frauen des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 auch in Zukunft wach- und lebendig halten. Ihrer gedenken wir heute. Darüber hinaus aber müssen wir einen Schritt weiter gehen: Sichern wir die Erinnerung an diese Menschen, an diesen Tag auch für die Zukunft nachhaltig. So werden wir ihrem Vermächtnis am besten gerecht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort